

Pressemitteilung

Stuttgart, 20. Mai 2022

**BUND
DER
SELBSTÄNDIGEN**

BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Hauptgeschäftsstelle
Taubenheimstraße 24
70332 Stuttgart

Telefon: (0711) 95 46 68-0
Telefax: (0711) 95 46 68-33

www.bds-bw.de
info@bds-bw.de

Präsidenten
Bettina Schmauder
Jan Dietz

Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
Sybille Erhardt
Telefon: (0711) 95 46 68-14
Telefax: (0711) 95 46 68-33
E-Mail erhardt@bds-bw.de

BDS-Stimmungsbarometer Frühjahr 2022

Verhaltene Zukunftsaussichten – Wachsende Unzufriedenheit über Politik – Belastende Energiepreise

Um die allgemeine Stimmung der Unternehmer*innen und Selbständigen im Land, deren aktuelle Situation und Zukunftsaussichten beurteilen zu können, führt der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg halbjährlich eine Umfrage bei seinen Mitgliedern durch.

Für die aktuell durchgeführte Frühjahrsumfrage* wurden neben allgemeinen Fragen zur wirtschaftlichen und politischen Situation als Sonderthema die gestiegenen Energiepreise und deren Auswirkungen in den Fokus gerückt.

Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage des eigenen Betriebes wird verhalten optimistisch gesehen. Lediglich 14 Prozent der Teilnehmenden beurteilen diese als schlecht. Der Ausblick auf das nächste halbe Jahr wird dagegen kritischer gesehen. Jeder Dritte gibt an, dass sich seine wirtschaftliche Situation verschlechtern wird. Nur 15 Prozent sehen eine Verbesserung in den kommenden sechs Monaten. Ein ähnliches Ergebnis ergibt die Frage nach den geplanten Investitionen für die nächsten zwölf Monate (12% steigend, 50% gleichbleibend, 38% sinkend).

Beim Blick auf die wirtschaftliche Lage je Branche wird deutlich, dass es starke Unterschiede gibt: So ist die aktuelle wirtschaftliche Lage als auch der Ausblick auf die nächsten sechs Monate im Handel deutlich schlechter und pessimistischer im Vergleich zu den restlichen Branchen.

Handwerk, Dienstleistungsbranche, Industrie und Bauwirtschaft sehen ihre Lage überwiegend im positiven bzw. befriedigenden Bereich.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Investitionen für die nächsten zwölf Monate: auch hier ist der Handel deutlich zurückhaltender. Mehr als die Hälfte der Händler*innen gibt sinkende Investitionen für die nächsten zwölf Monate an.

Als düster ist die Beurteilung der wirtschaftlichen aktuellen Lage und der Ausblick der nächsten sechs Monate für Deutschland gesamt zu bezeichnen. Rund 41 Prozent der Teilnehmenden beurteilt die wirtschaftliche Lage Deutschlands als schlecht und 72 Prozent sieht eine Verschlechterung im nächsten Halbjahr.

Schulnoten für die politischen Ebenen

Befriedigend bis ausreichend – in diesem Bereich liegen die Schulnoten für die kommunale, Landes- und Bundespolitik. Dabei werden die kommunalen Verwaltungen von den Unternehmen noch am besten benotet (3,4). Die Landesregierung erhält eine „3,8“ und die Bundesregierung eine „4,1“.

Auffällig dabei ist, dass keiner der Teilnehmenden die Arbeit der Landesregierung mit „sehr gut“ bewertet hat. Bei der Bundesregierung immerhin 1% und bei den kommunalen Verwaltungen 2%. Jedoch haben knapp 19% der Bundesregierung eine „glatte 6“ gegeben. Die Landesregierung und die kommunalen Verwaltungen erhalten diese Note nur von 9% bzw. 5% der Teilnehmer*innen. Gegenüber früheren Umfragewerten haben alle politischen Ebenen etwas schlechter abgeschnitten, sind aber hinsichtlich der Verteilung gleichgeblieben.

Weiterhin starke Belastung durch Energiepreise

Die gestiegenen Energiekosten haben weiterhin Auswirkungen auf die Unternehmen in Baden-Württemberg. Mehr als 50 Prozent sehen eine sehr starke bis starke Belastung durch die aktuellen Energiepreise. Für rund ein Drittel ist die Belastung gleichgeblieben. Deutlich wird das durch die Steigerungsrate der Energiekosten in den letzten sechs Monaten. Über 35 Prozent gaben eine Erhöhung von bis zu 25% an, bei mehr als ein Viertel der Unternehmen stiegen die Energiekosten zwischen 26%-50%. Und eine Verteuerung um 50% ihrer Energiekosten verzeichnen immerhin noch 11 Prozent der Betriebe.

Schnelles und entschlossenes Handeln der Politik gefordert

„Das Stimmungsbarometer zeigt uns, dass der Bürokratieabbau weiterhin das Dauerthema bei unseren Mitgliedern ist. Viele Prozesse sind zu aufwändig, benötigen viel Zeit bei der Umsetzung und bremsen damit die Unternehmen im Wettbewerb und in ihrem Engagement aus“, so Jan Dietz, Präsident des BDS Baden-Württemberg.

58 Prozent geben den Bürokratieabbau als dringendstes politisches Thema an, gefolgt von der Entlastung bei den Energiepreisen (55%) und der Bekämpfung der Inflation (53%).

„Um die Energiekosten und starke Inflation abzufedern sind die Landes- und Bundesregierung gefordert, eine schnelle Entlastung zu schaffen, die tatsächlich bei den Unternehmen ankommt und eine Sicherheit und verlässliche Perspektive gerade für die kleinen und mittelständischen Betriebe schaffen“, betont Dietz weiter.

„Während der Staat sich über höhere MwSt-Einnahmen dank gestiegener Kosten freuen kann, werden die Unternehmerinnen und Unternehmer hingehalten und sehen sich weiteren Belastungen gegenüber, die durch die zeitlich begrenzten Pakete nicht aufgefangen werden. Im Gegenteil: Gerade für die kleinen Betriebe ist der Aufwand durch beispielsweise die Energiepreispauschale hoch und ohne fachliche Beratung nicht zu stemmen, zumal eine Vorleistung nicht auszuschließen ist.“

Aus Sicht des BDS Baden-Württemberg mildern die geschnürten Pakete lediglich die gestiegenen Ausgaben in den Unternehmen für eine kurze Zeit. Der BDS-Landesverband geht weiter in die Gespräche mit den politischen Vertretern, um die Existenz seiner Mitglieder und des Mittelstandes in Baden-Württemberg zu sichern.

***BDS-Stimmungsbarometer: Zeitraum vom 29.04. – 06.05.2022, 239 Teilnehmer**

Weitere Informationen:

Der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. (BDS) ist der Dachverband und die Stimme von vielen Handels- und Gewerbevereinen im Land. Dieser Wirtschaftsverband besteht seit fast 170 Jahren. Weitere Informationen zum BDS-Landesverband finden Sie unter www.bds-bw.de.